

Antrag: Offenes Verfahren und Mitgliedervotum für den Parteivorsitz

Antragsteller: SPD-Ortsverein Frankfurt Bockenheim, beschlossen in der Mitgliederversammlung vom 13.10.2026

Adressat: Mitgliedervollversammlung der SPD Frankfurt am Main am 7. November 2026

Weiterleitung bei Annahme: als Antrag der SPD Frankfurt am Main an den Bundesparteitag der SPD (Jahreswechsel 2026/27); zur Kenntnis an Bezirksvorstand Hessen-Süd, Landesvorstand Hessen und Parteivorstand.

Beschlusstext

Die Mitgliedervollversammlung möge beschließen:

1. Die SPD Frankfurt am Main bekräftigt die Forderung des Unterbezirksvorstands vom September 2026 nach einem offenen und transparenten Verfahren für die Neuwahl des Parteivorsitzes.
2. Der Parteivorstand wird aufgefordert, vor dem angekündigten Bundesparteitag ein bundesweites Mitgliedervotum über den Parteivorsitz durchzuführen. Dazu gehören:
 - eine öffentlich angekündigte Bewerbungsfrist, offen für Einzelpersonen und Teams,
 - Vorstellungsrunden in allen Bezirken und in digitalen Formaten,
 - ein Mitgliedervotum aller Mitglieder, dessen Ergebnis der Bundesparteitag seiner Wahl zugrunde legt.
3. Der Termin des Bundesparteitags ist so zu wählen, dass dieses Verfahren ordnungsgemäß durchgeführt werden kann. Soweit das Organisationsstatut ein verbindliches Mitgliedervotum über den Parteivorsitz bislang nicht vorsieht, beschließt der Bundesparteitag die erforderliche Änderung.

Begründung

Nach dem Rücktritt von Bärbel Bas hat die SPD einen Bundesparteitag um den Jahreswechsel angekündigt, auf dem die gesamte Parteiführung neu gewählt wird. Ihre Entscheidung verdient Respekt. Die anstehende Debatte muss in der Sache geführt werden, nicht gegen Personen.

Offen ist, wie die neue Führung bestimmt wird. Der Unterbezirksvorstand hat im September ein offenes Bewerbungsverfahren und ein verbindliches Mitgliedervotum gefordert. Diese Forderung ist aktueller denn je. Ein glaubwürdiger Neuanfang gelingt nur, wenn die Mitglieder ihn tragen und nicht erneut kleine Runden entscheiden.

Mit der Befassung durch die Mitgliedervollversammlung wird die Forderung des Unterbezirksvorstands zur Position der Frankfurter Mitglieder. Das verleiht ihr gegenüber Bezirk, Land und Bundespartei zusätzliches Gewicht.